

ANTRAG

Zutreffendes bitte
ankreuzen

auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 des Gaststättengesetzes (Gestattung)
zur vorübergehenden Ausübung eines Gaststättenbetriebs

1. Angaben zum Betrieb

☐ Schankwirtschaft

mit Ausschank von alkoholfreien Getränken
mit Ausschank von alkoholischen Getränken

☐ ja ☐ nein
☐ ja ☐ nein

Schankanlage:

☐ ja ☐ nein

Wenn ja, von welchem Verleiher: _____

☐ Speisewirtschaft mit folgenden Speisearten

☐ Errichtung fliegender Bauten (z. B. Zelte, Karussell)

(Anzahl und Größe)

Bitte legen Sie das Zeltbuch/die Ausführungsgenehmigung sowie entsprechende Pläne (Fluchtwege etc.)
vor.

☐ Anzahl der Verkaufsstände / Größe der Fläche (Außenveranstaltungen) _____

Betriebsart: Schank- und Speisewirtschaft

Ist die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern vorgesehen ☐ ja ☐ nein

Toilettenanlagen ☐ ja ☐ nein
(für Schank- und Speisewirtschaft mit angebotener Sitzgelegenheit
und bei Ausschank von alkoholischen Getränken)

für Gäste: Zahl der Sitzbecken für Damen _____
Zahl der Sitzbecken für Herren _____
Länge der Stehbecken (Urinale) in lfd. m: _____
Sonstige Toilettenanlagen _____

Für Beschäftigte: Zahl der Sitzbecken für Damen _____
Zahl der Sitzbecken für Herren _____
Länge der Stehbecken (Urinale) in lfd. m: _____
Sonstige Toilettenanlagen _____

2. Angaben zu Betriebszeit und -ort

Anlass: _____

Veranstaltungsort: _____

Veranstaltungstag: _____

Uhrzeit: von _____ bis _____

Besucherzahl (erwartet): _____

Parkplatz, Stellplätze?: _____

Sicherheitsdienst (Name, Anzahl Personen)?: _____

Besondere Gefahren: (z.B. offenes Feuer, Pyrotechnik/Feuerwerk): _____

Werden besondere Aktionen z.B. Auftritte von Künstlern o.ä. zur Schau gestellt?: ☐ ja ☐ nein

Wenn ja, welche (Künstler/Art)? : _____

Bei Betriebsort auf einer öffentlichen Fläche:

☒ Sondernutzungserlaubnis liegt vor ☐ Sondernutzungserlaubnis ist beantragt.

bei Behörde _____

3. Angaben zur Person

(Antragsteller/in bzw. Vertreter/in der juristischen Person oder des Vereins)

Bei mehreren Personen bzw. Vertretungsberechtigten (z.B. GbR, sind **für jede Person** die Angaben zur Person auszufüllen.

Familien- und Geburtsname, Vorname _____

Geburtstag und -ort: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften/Vereine

Firma/Verein: _____

Sitz: _____

Registereintragung: _____

(Auszug aus dem Register beifügen)

Ist ein Strafverfahren anhängig? ☐ ja ☐ nein

Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen

Tätigkeit anhängig? ☐ ja ☐ nein

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 der Gewerbeordnung anhängig? ☐ ja ☐ nein

☐ Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 GastG liegt bei ☐ wird nachgereicht.

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 des Landesdatenschutzgesetzes

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung:

Wer vorübergehend aus besonderem Anlass ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer jederzeit widerrufbaren Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 GastG (Gestattung).

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie die Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst für die für das unter erleichterten Voraussetzungen durchzuführende Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Ggf. Polizeistation durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Dem zuständigen Lebensmittelüberwachungsamt und dem Finanzamt wird eine Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993).

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift